



NETZWERK
GEGEN
KINDERARMUT

Kinderarmut in der Kommune

Handreichung für kommunale Mandatsträger*innen mit Konzept- und
Netzwerkideen sowie Argumentationshilfen

V.i.S.d.P.: Eva von Angern &
Konstantin Bender
DIE LINKE. Fraktionsvorsitzendenkonferenz
Weydingerstraße 14-18
10178 Berlin

Layout: Marten Dietrich

Stand: 18. September 2019



Foto: DBT/Inga Haar

Liebe kommunale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger, liebe an Kommunalpolitik Interessierte,

bereits im vierten Armuts- und Reichtumsbericht stellte die Bundesregierung im Jahr 2013 fest, es könne nicht darüber hinweggesehen werden, dass „Personen mit niedrigen Einkommenspositionen stärker von gesundheitlichen Beeinträchtigungen betroffen sind bzw. ihren gesundheitlichen Zustand schlechter einschätzen als Menschen mit mittleren oder hohen Einkommenspositionen“¹. Das ist nur eines von vielen Problemen, wenn wir über die Folgen von Armut reden. Es ist wichtig, dass sich DIE LINKE. als ein Kernthema die Bekämpfung von Armut auf die Fahne geschrieben hat.

Armut hat viele Gesichter. Es gibt nicht die EINE Lösung zu ihrer Bekämpfung. Natürlich werden und müssen die wesentlichen Weichen auf Bundesebene, durch den Bundestag und die Bundes-

regierung gestellt werden. Doch auch in den Landesparlamenten und auf kommunaler Ebene können Folgen von Armut minimiert werden. Deshalb ist das vorliegende Papier vor allem für die Unterstützung eurer täglichen Arbeit gedacht. Es soll Denkanstöße, Konzeptideen und Argumentationshilfen griffbereit vorhalten.

Ich habe am 1. Dezember 2016 das „Netzwerk gegen Kinderarmut“ ins Leben gerufen, weil es mir persönlich wichtig ist, dass wir in unserer Gesellschaft vor allem den jüngsten Mitgliedern alle Türen öffnen und Wege ebnen. Kinder sind keine kleinen Erwachsenen und erst recht keine kleinen Arbeitslosen. Sie müssen aus dem SGB II-System herausgeholt und individuell mit ihren Rechten und Bedürfnissen betrachtet werden.

¹ Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, S. 36

Die KIGGS-Studie (Studie zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland) des Robert-Koch-Instituts aus dem Jahr 2015 zeigt, dass die soziale Herkunft direkte Auswirkungen auf die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen hat². So seien bei Kindern aus einkommensschwachen Familien Bewegungsmangel, Übergewicht und Rauchen stärker verbreitet als beim Nachwuchs in der Mittel- und Oberschicht. Genau hier beginnt das Problem. Wenn eine Gesellschaft es zulässt oder akzeptiert, dass die Bildungsabschlüsse der Eltern und die finanziellen Mittel eines Haushaltes, in dem ein Kind aufwächst, darüber bestimmen, wie lange ein Neugeborenes in einem guten gesundheitlichen Zustand leben kann, dann hat das mit der Schaffung von gleichwertigen Lebensverhältnissen nichts mehr zu tun. Mehr noch: die Akzeptanz dieses Umstandes führt zu einem Unterlassen und damit zur Missachtung des im Grundgesetz verankerten Gleichbehandlungsgrundsatzes. Mit allen Folgen für unsere Gesellschaft; unter anderem ihrer Spaltung. Umgekehrt wird hieraus eine Handlungsaufforderung an uns als politische Akteur/innen.

Ich freue mich sehr, dass der frühere Oberbürgermeister von Dormagen und heutige Präsident des Deutschen Kinderschutzbundes, Heinz Hilgers, diese Publikation nicht nur mit einem Grußwort bereichert, sondern auch seine in Dormagen umgesetzte Idee des „Netzwerkes Frühe Hilfen“ vorstellt. Eine Kommune ist einen mutigen und erfolgreichen Schritt gegangen: Kinder, Jugendliche und ihre Familien profitieren in Dormagen davon und unterm Strich wird sogar gespart. Lest selbst und macht's nach!

Kinderarmut im reichen Deutschland ist ein Armutszeugnis! Der Deutsche Kinderschutzbund spricht von unfassbaren 4,4 Millionen Kindern und Jugendlichen, die in Armut leben oder von Armut bedroht sind. Als (politisch herbeigeführte) Kindeswohlgefährdung schränkt dies das Recht junger Menschen auf Förderung ihrer Entwicklung und Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit ein. Aufgrund

politisch zu verantwortender, nachgewiesener Gesundheits- und Bildungsbenachteiligungen wird die individuelle und soziale Entwicklung junger Menschen behindert. Dadurch sind Kinder weniger stark vor Gefahren für ihr Wohl geschützt. Kinder sollen eine glückliche Kindheit erleben können – frei von Ängsten oder Sorgen um die finanzielle Situation ihrer Familie.

Wie das gehen kann und wie das vor allem durch Kommunen unterstützt werden kann und wie wir gemeinsam es schaffen, eine Gesellschaft für alle Kinder in ihrer individuellen Lebenssituation und mit ihrer Perspektive zu sensibilisieren, wollen wir mit der vorliegenden Publikation als Vorschlag unterbreiten.

Wir freuen uns auf Rückmeldungen aller Art!

Für das »Netzwerk gegen Kinderarmut«:



Dr. Dietmar Bartsch
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE. im Bundestag

²www.kiggs-studie.de/deutsch/home.html

Inhaltsverzeichnis

Das Netzwerk gegen Kinderarmut
Ein Netzwerk der Chancengerechtigkeit



Kommt das Geld bei den Kindern an?
(Eine Publikation des ZEW – Leibniz-Zentrum
für Europäische Wirtschaftsforschung)



Dormagener Modell
(von Heinz Hilgers, Präsident des Deutschen
Kinderschutzbundes)



Kindergrundsicherung
Kinder brauchen mehr



Armut hat ein Gesicht: Auge. Nase. Mund.
(KiGGS – Studie zur Gesundheit von Kindern und
Jugendlichen in Deutschland)



Kinderarmut und Reichtum in Deutschland
(Eine Studie von Prof. Dr. Michael Klundt,
Hochschule Magdeburg-Stendal)



**Wir haben die besseren gesellschaftlichen
Ideen – aber wie erklären wir das verständlich?**
(Werkzeugkasten der Öffentlichkeitsarbeit)



Wer wir sind
Die Köpfe hinter der Broschüre



Das Netzwerk gegen Kinderarmut – Ein Netzwerk der Chancengerechtigkeit

Das von mir im Jahr 2016 ins Leben gerufene „Netzwerk gegen Kinderarmut“ soll Menschen an einen Tisch bringen, die sich überparteilich für die Interessen von Kindern und Jugendlichen in unserem Land einsetzen. Das Netzwerk gegen Kinderarmut soll Lebensfelder und Probleme von Kindern und Jugendlichen identifizieren, die eine gleichberechtigte und zukunftsfeste Entwicklung ver- oder behindern. Die Möglichkeiten eines wirklichen Sozialstaates sollen umrissen werden, um diesem Problem zu begegnen. Das Thema »Kampf gegen Kinderarmut« soll stärker in das politische Bewusstsein der Gesellschaft und Politik gerückt werden und zu einem zentralen Auseinandersetzungspunkt der Gegenwart und Zukunft entwickelt werden.

Netzwerke bieten immer die Chance, sich auszutauschen, sich gegenseitig zu stärken, sich im eigentlichen Sinne zu vernetzen. Dies ist die Aufgabe unseres und weiterer Netzwerke gegen Kinderarmut.

An dieser Stelle sollen zunächst noch einmal die Mitglieder des Netzwerkes kurz vorgestellt werden:

• **Dietmar Bartsch, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE. im Deutschen Bundestag**

»Kinderarmut wirkt oft lebenslang; Knappheit bedeutet meist eine Kindheit voller Konflikte und Angst. Eine unbeschwerte Kindheit sieht anders aus. Es ist höchste Zeit, dass wieder gilt: ›Unseren Kindern soll es einmal besser gehen‹. Deshalb muss alles dafür getan werden, dass kein Kind in Armut aufwachsen muss – das ist keine Utopie.«

• **Elke Breitenbach, Sozialsenatorin Berlin**

»Arme Kinder haben arme Eltern. Wenn wir Kinderarmut wirksam bekämpfen wollen, müssen wir an die Armut generell ran. Wir gehen wichtige Schritte in diese Richtung. Dazu gehören ein Armutsbericht und die Einrichtung einer Landeskommission gegen Kinderarmut. Wir wollen Kinder und ihre Familien aus Armut befreien.«

• **Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes**

»Wer Kinderarmut duldet, vergeht sich an Wehrlosen. Alle Kinder sind frei und gleich geboren, alle haben sie das gleiche Recht auf Entfaltung ihrer Persönlichkeit und den Anspruch auf eine glückliche Kindheit.«

• **Dr. Christoph Butterwegge, Politikwissenschaftler**

»In einer so reichen Gesellschaft wie der unseren ist die Armut von Kindern strukturelle Gewalt gegenüber den Schwächsten. Wenn größere Teile der jungen Generation auf Dauer abgehängt werden, kann sich die Bundesrepublik nicht human, friedlich und demokratisch entwickeln.«

• **Diana Golze, Sozialministerin Brandenburg (2014-2018)**

»Arm zu sein, heißt, nicht dabei sein zu können, heißt Mangel an Alltäglichem. Darum leiden Kinder besonders stark unter Armut. Arme Kinder leben in armen Familien. Mit der Initiative ›Starke Familien – Starke Kinder – Runder Tisch gegen Kinderarmut‹ wollen wir Handlungsmöglichkeiten entwickeln, die es braucht, um die Lebenssituation von Kindern zu verbessern.«

• **Jacqueline Bernhardt, MdL Mecklenburg-Vorpommern, Stellv. Fraktionsvorsitzende**

»Edith Rimkus-Beseler sagte einmal: ›Ohne Kinder gibt es keine Zukunft. Zukunft aber braucht Verantwortung. Verantwortung tragen alle.‹ SPD und CDU dürfen vor Kinderarmut nicht die Augen verschließen oder das Problem wegdiskutieren. Hinschauen und endlich die Verantwortung übernehmen – das ist das Wichtigste! Jetzt!«

• **Eva von Angern, MdL Sachsen-Anhalt, Stellv. Fraktionsvorsitzende**

»Kinderarmut ist in einer reichen Gesellschaft ein Armutszeugnis! Kinder haben einen Anspruch auf eine sorgenfreie, wohl behütete Kindheit. Diese Selbstverständlichkeit wird unser Netzwerk klar und deutlich in die Gesellschaft tragen.«

In den vergangenen Jahren haben wir uns bereits mit weiteren gesellschaftlichen Akteur*innen vernetzt. Sei es bei Treffen in Berlin im Bundestag oder bei verschiedenen dezentralen Veranstaltungen in Leipzig, Rostock, Magdeburg und Frankfurt/Oder.

Im Rahmen der Treffen des Netzwerkes gegen Kinderarmut im Bundestag tauschten wir uns unter anderem mit der Bertelsmann Stiftung über ihr Modell des Teilhabegeldes aus. Heinz Hilgers, der Präsident des Deutschen Kinderschutzbundes, stellte sein „Dormagener Modell“ vor, mit dem Kommunen Kinderarmut zwar nicht beseitigen, die Folgen aber deutlich abmildern können.

Im VAMV e.V. (Verein für alleinerziehende Mütter und Väter) konnten wir einen Netzwerkpartner finden, der mit seiner Expertise andere und neue Sichtweisen auf das Problem von Kinderarmut eröffnet und vor allem die Perspektive von Eltern-Familien/ Alleinerziehenden aufzeigt. Prof. Dr. Michael Klundt von der Fachhochschule Magdeburg-Stendal, Fachbereich Angewandte Kindheitswissenschaften bereicherte die Arbeit des Netzwerkes mit seiner Studie »Kinderarmut und Reichtum in Deutschland«. Er erarbeitete eine umfassende und aufschlussreiche Evaluation zu den Sozialleistungen in Deutschland.

Selbstverständlich unterstützen wir als Netzwerk auch regelmäßig thematische, außerparlamentarische Initiativen, wie z.B. die Familiendemo »Es reicht für uns alle!« oder halten selbst Kongresse und Fachtagungen ab, um zu sensibilisieren sowie das Wissen der einzelnen Netzwerkpartner und Partnerinnen zu bündeln und in die Gesellschaft zu tragen. So wurde auf dem Armutskongress in Leipzig, an

dem auch Heike Werner, die Familienministerin des Landes Thüringen, teilnahm, deutlich, dass Kinderarmut in Deutschland nicht selbstverschuldet ist und die Gesellschaft ihre Haltung gegenüber Kindern und Familien verändern muss. Auch das aktuelle Matthäus-Prinzip »Wer hat, dem wird gegeben« darf nicht länger Bestandteil aktueller Familienpolitik sein. An der Fachtagung in Magdeburg wiederum nahmen Spitzenvertreter*innen aller demokratischen im Bundestag vertretenen Parteien teil und stellten sich den Forderungen des Netzwerkes gegen Kinderarmut Sachsen-Anhalt.

Seit 2015 existiert in Mecklenburg-Vorpommern (www.raus-bist-du.de) und seit 2017 in Sachsen-Anhalt ein Netzwerk gegen Kinderarmut. Nicht ohne Grund haben sie sich gerade in diesen beiden Ländern gegründet, die regelmäßig die Schlusslichter in der Armutslandkarte darstellen. In beiden Netzwerken arbeiten verschiedene gesellschaftliche Akteur*innen mit (Parteien, Gewerkschaft, Kirche, Vereine, Krankenkassen, Ministerien, Einzelpersonen, Bundesagentur für Arbeit u.a.). Sie alle wollen daran arbeiten, dass das Schicksal ar-

»Ich hoffe, es gibt in Zukunft weniger Armut, denn man kann nicht genug essen und glücklich kann man auch nicht sein.«

Antwort aus einer 4. Klasse auf die Frage »Was ist Kinderarmut?«

mer Familien, armer Kinder und Jugendlichen wahrgenommen wird und politisch darauf reagiert wird. Dabei ist die mediale Resonanz von großer Bedeutung. Die Netzwerke entwickeln mit unterschiedlichen Methoden und Arbeitsweisen Ideen, die die Folgen von Kinderarmut in den Bundesländern abmildern.

In Brandenburg wurde bereits im Jahr 2015 ein Runder Tisch gegen Kinderarmut durch die dama-

lige Sozialministerin Diana Golze (DIE LINKE) ins Leben gerufen (www.starke-familien-starke-kinder.de). In der Gründungserklärung heißt es: „Brandenburg ist auf dem Weg, ein familien- und kinderfreundliches Land zu werden. In vielen Bereichen haben sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten die Bedingungen eines gelingenden Aufwachsens von Kindern im Land Brandenburg gut entwickelt. Wir sehen dennoch weiteren Handlungsbedarf. Insbesondere die Zukunftschancen von Kindern in Brandenburg sind ungleich verteilt. Jedes Kind, das in Armut aufwächst, ist eines zu viel. Kinder in Armut haben es ungleich schwerer als ihre Freundinnen und Freunde, Mitschülerinnen und Mitschüler oder Nachbarskinder in ein erfolgreiches Leben zu starten. Armut birgt ein großes Risiko für die Entwicklung unserer Kinder. Jedes Mädchen und jeder Junge hat das gleiche Recht auf Teilhabe, Bildung und gesundes Aufwachsen. Daher ist für uns die Bekämpfung und Vermeidung von Kinderarmut und die Verbesserung der Teilhabe von Kindern ein wesentliches Anliegen.“

ten berücksichtigen. Zusammen mit Kindern als Expertinnen und Experten in eigener Sache, ihren Eltern und mit Menschen, die im Ehrenamt oder beruflich mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, möchten wir Ideen erarbeiten und Strategien entwickeln, die einen wirksamen Beitrag zur Bekämpfung von Kinderarmut leisten.“

Auf kommunaler Ebene gibt es beispielweise in Frankfurt/ Oder einen Runden Tisch gegen Kinderarmut. Hier engagiert sich der Oberbürgermeister René Wilke (DIE LINKE) und erste Arbeitsergebnisse werden folgen.

Nicht vergessen wollen wir an dieser Stelle das „Bündnis für Kindergrundsicherung“ (www.kinderarmut-hat-folgen.de). Diesem gehören u.a. die Arbeiterwohlfahrt e.V., der Arbeiter Samariter Bund e.V., der Deutsche Kinderschutzbund, der Paritätische, das Deutsche Kinderhilfswerk e.V. und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft an. Sie alle haben sich zum Ziel gesetzt, unter dem Motto:

„Kinder brauchen mehr!“ eine Kindergrundsicherung für alle Kinder in unserem Land mehrheitsfähig zu machen. Das Ziel ist noch nicht erreicht. Sie bleiben dran und werden dabei ausdrücklich von uns unterstützt.

Es gibt noch weitere Initiativen, die sich gegen Kinderarmut und gegen die Folgen von Kinderarmut vor allem in den verschiedenen Kommunen stark machen. Das ist ein gutes Zeichen und zeigt, dass sich unsere Gesellschaft nicht damit abfinden will, dass Kinder und Jugendliche in unserem Land ab-

gehängt und ihrer Zukunftschancen beraubt werden.

Gemeinsam wollen wir in einem breiten gesellschaftlichen Konsens tragfähige Konzepte entwickeln, die an den Lebenslagen der Kinder orientiert sind und die regionalen und lokalen Besonderhei-



Podiumsdiskussion auf dem Fachtag in Magdeburg
v.l.n.r.: Vera Wolfskämpf, Marcus Weinberg, Annalena Baerbock, Dietmar Bartsch, Katja Suding, Stefan Schwartze, Hagen Eichler

Gern unterstützen wir auch eure Initiativen vor Ort!

Folgt uns auf Facebook & Twitter

(fb.com/NetzwerkGegenKinderarmut/)

(twitter.com/netzwerkgegenka)!

Dr. Dietmar Bartsch, Eva von Angern, Jacqueline
Bernhardt & Konstantin Bender



»Kommt das Geld bei den Kindern an?«¹

(Eine Publikation des ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung)

Nehmen wir die Antwort auf die Titelfrage dieses Beitrages und das Überraschungsmoment gleich vorweg: Ja.

„Eltern in einkommensschwachen Familien sehen sich mitunter dem Vorwurf ausgesetzt, sie würden für die Kinder gedachte Geldleistungen zweckentfremden, etwa für Unterhaltungstechnik, Alkohol oder Zigaretten“². Nicht selten wird dies, mal mehr, mal weniger nett im Zusammenhang mit Kinderarmut formuliert. Nun, und nicht zum ersten Mal, widerlegt eine Studie diesen nicht selten aus dem Bauch heraus gemachten Vorwurf.

Der Anspruch an die Studie war nicht mehr und nicht weniger, als Vorurteile auszuräumen und Kinderarmut zu überwinden. Die Studie entstand im Rahmen des Projektes „Familie und Bildung. Politik vom Kind aus denken“³ der Bertelsmann Stiftung. Daran beteiligt war unter anderem Dr. Holger Stichnoth⁴.

»Kinderarmut ist, wenn ein Kind zum Kino möchte und es hat kein Geld. Wenn Mama Geld für das Kino gibt, haben sie kein Geld für Essen.«

Antwort aus einer 4. Klasse auf die Frage »Was ist Kinderarmut?«

Staatliche Geldleistungen kommen im Regelfall bei den Kindern an bzw. werden im Sinne der Kinder ausgegeben. Die genannte Studie weist vielmehr nach, dass Eltern aus einkommensschwachen Familien eher bei sich selbst als bei ihren Kindern sparen⁵. Hinzu kommt ihre Sorge, dass ihre Kinder unter der Armut und den damit verbundenen (nicht nur materiellen) Nachteilen leiden. Dabei besteht die klare Präferenz bei der Bildung. So sind die Ausgaben in absoluten Zahlen zwar geringer als im Durchschnitt in anderen Familien⁶. Dies gilt jedoch nicht im Innenverhältnis zu den gesamten Ausgaben dieser Familie. Ein sehr positives Zeichen!

Bemerkenswert sind im Übrigen auch so Genannte „Feldexperimente“, die bisher fast ausschließlich in einkommensschwächeren Ländern zur Wirkung von (mit Auflagen verbundenen) Geldleistungen gemacht worden, die den Nachweis erbringen, dass Geldleistungen gut funktionieren⁷. Das Mehr an zur Verfügung stehendem Einkommen wird nicht in Genussmittel (Alkohol und Zigaretten) investiert, sondern beispielsweise in bessere bzw. gesündere Ernährung der Familie.

Für Deutschland greift die Studie auf die jährlich erhobenen Daten des „Sozio-ökonomischen Panel (SOEP)“⁸ zurück. Schon auch hier vorwegnehmend: der Genuss von Alkohol und Zigaretten und auch der Erwerb von Autos, Handys und Fernsehern stieg nicht mit Erhöhung von staatlichen (bedingungslosen) Geldleistungen. Einer zweckentfremdeten Verwendung des für die Kinder gedachten Geldes kann damit widerlegt werden. Vielmehr wird das Geld für mehr Nutzung von

Angeboten für Kinder verwendet, wie beispielsweise „Kindersport“, „Frühkindliche Musikerziehung“ und „Sonstige Eltern-Kind-Gruppen“⁹.

Uns allen ist das „Bildungs- und Teilhabepaket“¹⁰ be-

kannt. Diesem liegt vor allem Misstrauen gegenüber Eltern zugrunde. Familien sollen nur Geld erhalten, wenn sie jede Leistung einzeln beantragen und die dafür erforderlichen Nachweise bringen. Die damit eingebauten hohen bürokratischen Hürden führen dazu, dass im Jahr 2018 lediglich 30% der möglichen Anspruchsberechtigten davon auch tatsächlich Gebrauch gemacht haben¹¹. Mit dem „Starke-Familien-Gesetz“ soll diese Quote auf sage-und-schreibe 35% erhöht werden. Ein Offenbarungseid sondergleichen!

¹Kommt das Geld bei den Kindern an? 2018 Bertelsmann Stiftung, ZEW

²Kommt das Geld bei den Kindern an? 2018 Bertelsmann Stiftung, ZEW, S. 42

³www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/politik-vom-kind-aus-denken/

⁴Dr. Holger Stichnoth, Senior Researcher und stellv. Leiter der Forschungsgruppe „Soziale Sicherung und Verteilung, ZEW

⁵Kommt das Geld bei den Kindern an? 2018 Bertelsmann Stiftung, ZEW, S. 14

⁶Kommt das Geld bei den Kindern an? 2018 Bertelsmann Stiftung, ZEW, S. 15/ Kirchmann, Kleimann und Schafstädt, 2014

⁷Kommt das Geld bei den Kindern an? 2018 Bertelsmann Stiftung, ZEW, S. 16/ Überblicksstudien der OECD, 2013

⁸www.diw.de/soep

⁹Kommt das Geld bei den Kindern an? 2018 Bertelsmann Stiftung, ZEW, S. 22

¹⁰www.bmas.de/DE/Themen/Arbeitsmarkt/Grundsicherung/Leistungen-zur-Sicherung-des-Lebensunterhalts/Bildungspaket/bildungspaket.html

¹¹FUNDSTELLE!

¹²Kommt das Geld bei den Kindern an? 2018 Bertelsmann Stiftung, ZEW, S. 42

Problematisch ist zudem, dass „Sachleistungsgesetze“ vor allem eines kosten: erheblichen staatlichen Verwaltungsaufwand. Beim erst genannten Gesetz sind es von den Gesamtausgaben 30% die in die Personal- und Sachkosten der Verwaltung fließen¹².

Es ist nicht auszuschließen, dass es Fälle gibt und auch der den Beitrag jetzt Lesende oder die Lesende Fälle kennt, in denen Familien mehr Geld für das neueste auf dem Markt befindliche Handy als für eine gesunde Ernährung ihrer Kinder ausgibt. Fakt ist jedoch, ein Großteil der Eltern tut dies nicht. Insofern kann jedem und jeder, die dieses Argument dem kommunalen Engagement gegen Kinderarmut entgegenhält, gesagt werden: Das ist falsch. Nur Mut zum Widerspruch!



»Das Wohlergehen
und die Zukunft der
Kinder muss der
Investitionsposten
Nr. 1 sein.«

Dietmar Bartsch



Liebe Leserinnen und Leser,

eine deutliche Verminderung der Kinderarmut gelingt nur, wenn die gesamte staatliche Gemeinschaft in einer konzertierten Aktion diesem Thema Priorität einräumt.

Der Bund kann den Familienleistungsausgleich mit einer Kindergrundsicherung so reformieren, dass er dazu beiträgt, materielle Kinderarmut zu vermeiden. Die Bundesländer können ihr jeweiliges Bildungssystem inklusiv, also auch für arme Kinder, gestalten. Dazu müssen vor allem die Schulen in benachteiligten Stadtteilen deutlich besser ausgestattet werden. Die Kommunen können einen Beitrag dazu leisten, dass Kinderarmut nicht automatisch von Generation zu Generation weitergegeben wird. Dabei bedarf es der Vernetzung von freier und öffentlicher Kinder und Jugendhilfe mit dem Bildungssystem und dem öffentlichen und privaten Gesundheitswesen. Auch die Arbeitsverwaltung und die kommunale Sozialverwaltung sind einzubeziehen.

Eine Präventionskette, die alle Hilfen, Dienste und Einrichtungen einordnet und vernetzt, muss so entwickelt werden, dass sie von der Schwanger-

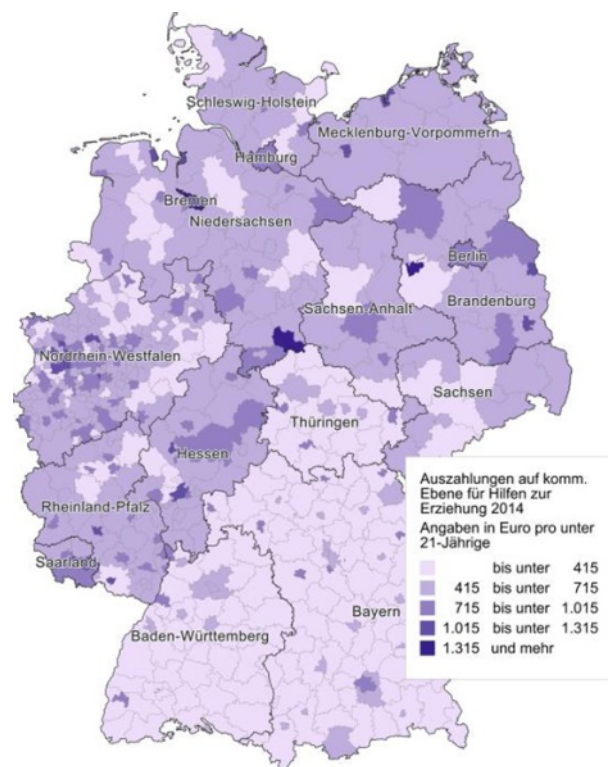
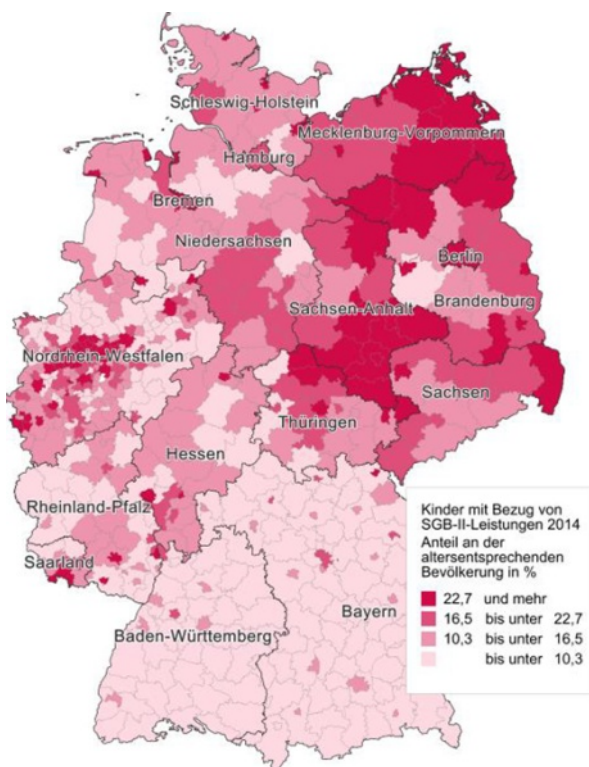
schaft bis zum Eintritt in das Berufsleben reicht. Sie setzt Fixpunkte aufsuchender Sozialarbeit. Alle Hilfen werden allen Familien mit Wertschätzung angeboten. Konsequente Hilfe zur Selbsthilfe und Stärken stärken statt auf Schwächen herumzureiten sind dabei wichtige Erfolgsfaktoren. Eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe ist Voraussetzung. Eltern und Fachkräfte sind Erziehungspartner, die sich gegenseitig schätzen. Mit einem solchen Modell hat die Stadt Dormagen seit 2004 nachweisbar messbare Erfolge. Die verfügbaren Daten der frühkindlichen Vorsorgeuntersuchungen, die Entwicklung von Schulerfolgen und Senkung der Jugendarbeitslosigkeit, aber auch die günstige Kostenentwicklung sind belegbare Indikatoren. Das Dormagener Modell ist deshalb ein gutes Beispiel, an dem man sich orientieren kann.

Herzlichst

Heinz Hilgers
Präsident
Deutscher Kinderschutzbund

»Kinder sind in Deutschland oft ein Armutsrisiko für Familien.
Das frei verfügbare Einkommen einer Familie sinkt mit zunehmender
Kinderzahl deutlich ab.«

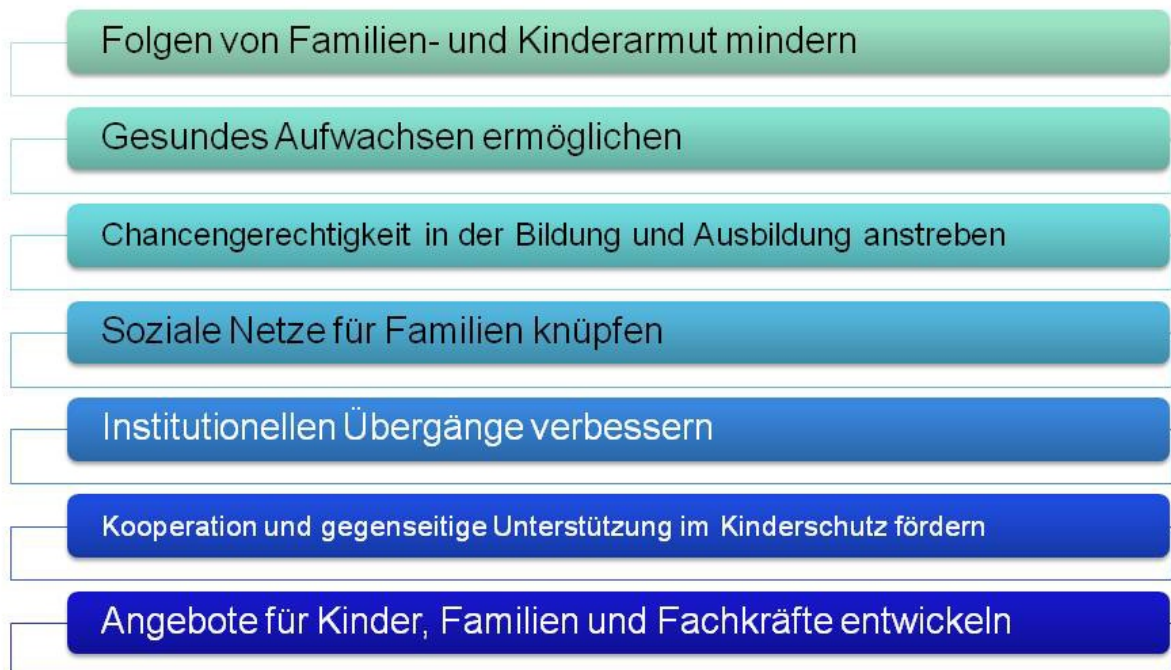
Jugendhilfekosten mit Armutsquote



Präventionsstrategien

- Gerechtigkeit im Steuer- und Sozialsystem
- Die Kindergrundsicherung - **Aufgabe des Bundes**
- Bildung als Hilfe zur Selbsthilfe
- Integrative Bildung für alle: arm und reich, Deutsche und Migranten, Behinderte und Gesunde; verantwortlich: **die Länder**
- Persönliche Hilfen und wirtschaftlich Hilfen gehören zusammen
- Kommunen organisieren individuelle Unterstützung mit Wertschätzung und Hilfsbereitschaft

Ziele einer kommunalen Präventionsstrategie

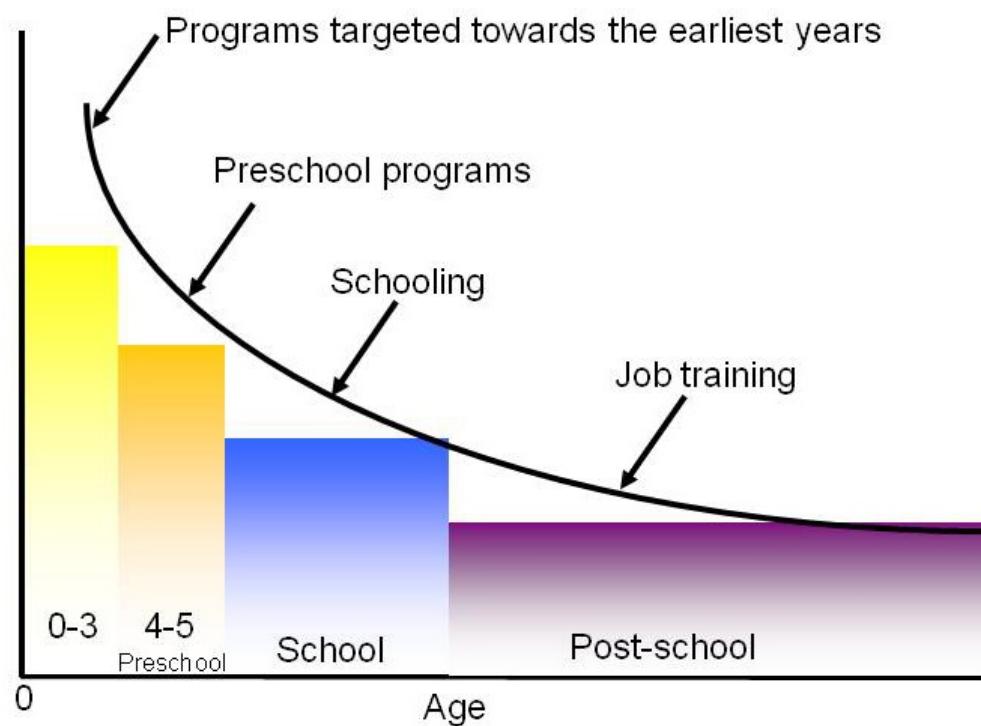


Erfolgsfaktoren

- Menschenbild
- Haltung
- „So früh wie möglich“
- Aufsuchende Sozialarbeit
- Hilfe zur Selbsthilfe
- Fachkräfte und Eltern sind Erziehungspartner
- Ressourcenorientierung
- Vernetzung von Bildung, Gesundheit, Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
- Dialog

»So früh wie möglich«

Rendite eines in Bildung investierten Dollars über die gesamte Bildungsbiographie



Frühe Unterstützung für benachteiligte Familien

Kommunale Präventionskette

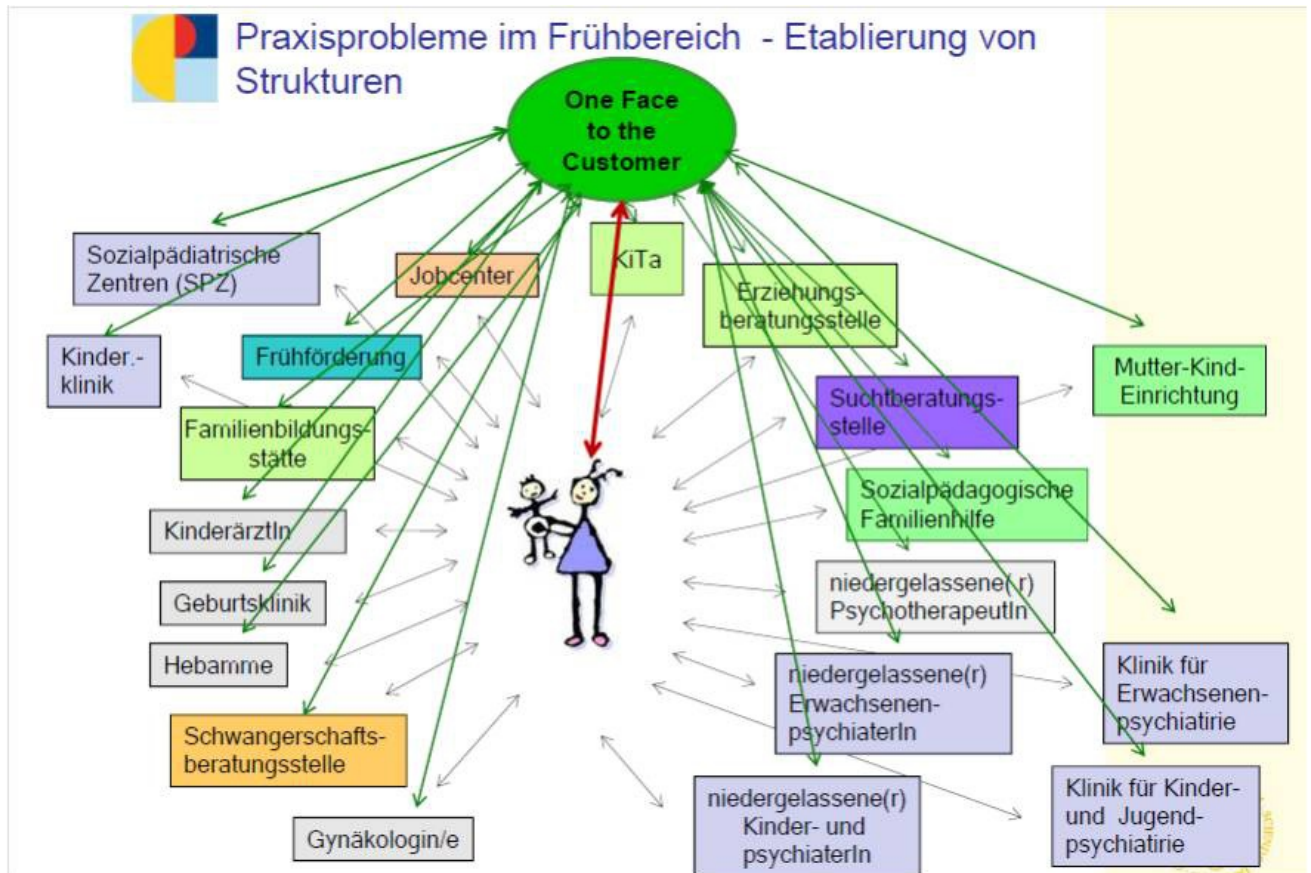
Hilfen für werdende Mütter	Hilfen von der Geburt bis zum 3. Lebensjahr	Hilfen im Kindergartenalter, 3. - 6. Lebensjahr	Hilfen in der Grundschule ab 6. Lebensjahr
<p>Prävention</p> <ul style="list-style-type: none"> • Infos und Hilfen • Ausbau Elternbildung • Ausbau Familienzentren • Beratungsstellen 	<p>Prävention</p> <ul style="list-style-type: none"> • Hausbesuch mit Elternbegleitbuch • Betreuungsplatzgarantie ab 4. Monat • Ausbau der Elternschulen • Ausbau der U3/U2 Tagesbetreuung 	<p>Prävention</p> <ul style="list-style-type: none"> • Betreuungsplatzgarantie • Ausbau der Elternbildung • Gesundheitsförderung • Weiterbildung für Fachkräfte • Sprachförderung 	<p>Prävention</p> <ul style="list-style-type: none"> • Betreuungsplatzgarantie • Hausbesuch der Erstklässler durch Lehrer • Weiterbildung der Pädagogen
<p>Frühe Unterstützung für benachteiligte Familien</p> <ul style="list-style-type: none"> • pers. Beratung durch Gynäkologen / Geburtskliniken • Vermittlung an Beratungseinrichtungen • Beratungsstellen 	<p>Frühe Unterstützung für benachteiligte Familien</p> <ul style="list-style-type: none"> • Babyclubs • Krabbelclubs • Kostenl. Elternbildung • Ausbau von Familienzentren • Familienpass 	<p>Frühe Unterstützung für benachteiligte Familien</p> <ul style="list-style-type: none"> • Elternbildung • Hausbesuch der Kinder, die keinen Kindergarten besuchen • Prokita / frühkindliche Karies • Palme • Familienpass 	<p>Frühe Unterstützung für benachteiligte Familien</p> <ul style="list-style-type: none"> • Fahrkostenerstattung • Nachhilfe • Integrationshilfe • Familienpass • FSJler
<p>Individuelle Hilfe und Unterstützung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Familienhebamme • Hilfe zur Erziehung • Grundbedürfnisse sichern 	<p>Individuelle Hilfe und Unterstützung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Grundbedürfnisse sichern • Hilfe zur Erziehung • Familienhebamme • FamilienpatInnen 	<p>Individuelle Hilfe und Unterstützung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Grundbedürfnisse sichern • Hilfe zur Erziehung • Mittagessen für 1 € • FamilienpatInnen 	<p>Individuelle Hilfe und Unterstützung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Grundbedürfnisse sichern • Schulmittelfreiheit • Schülerfahrtkosten • FamilienpatInnen

Hilfen in der Grundschule	Hilfen in der Orientierungsstufe 5.- 6. Klasse, Sek. I	Hilfen in der Mittelstufe 7.-10. Klasse, Sek. I	Hilfen in der Ausbildung
<p>Prävention</p> <ul style="list-style-type: none"> • Betreuungsplatzgarantie • Hausbesuch der Erstklässler durch Lehrer • Weiterbildung der Pädagogen 	<p>Prävention</p> <ul style="list-style-type: none"> • Betreuungsplatzgarantie bis zum 14. Lebensjahr • Ausbau Ganztags • Infoabend für Alle • Lehrersprechtag • Infomaterialien • Kooperationen GS-WS • Gem. Weiterbildung 	<p>Prävention</p> <ul style="list-style-type: none"> • Betreuungsplatzgarantie bis zum 14. Lebensjahr • Unterstützung durch die Jugendhilfe • Ausbau Ganztags • Runter Tisch • Ausbildungsoffensive • Firmenberufsparcour 	<p>Prävention</p> <ul style="list-style-type: none"> • Praktikumsbörse • Firmenberufsparcour
<p>Frühe Unterstützung für benachteiligte Familien</p> <ul style="list-style-type: none"> • OGS-Platz • Nachhilfe • Integrationshilfe • Familienpass • FSJler • Schulbegleitung 	<p>Frühe Unterstützung für benachteiligte Familien</p> <ul style="list-style-type: none"> • Nachhilfe • Schulbegleiter • Integrationshilfe • Elternabende zum Thema Erziehung • Pädagogische Tage • Gem. Weiterbildung 	<p>Frühe Unterstützung für benachteiligte Familien</p> <ul style="list-style-type: none"> • Lerntrainer • BOP Förderprogramm • KAOA • Profilpass 	<p>Frühe Unterstützung für benachteiligte Familien</p> <ul style="list-style-type: none"> • Dormagener Weg • SHIFT-Schalt um auf Stark
<p>Individuelle Hilfe und Unterstützung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Mittagessen 1 € • Schulmittelfreiheit • Schülerfahrtkosten • Hilfen zur Erziehung • Schülerhilfe • FamilienpatInnen 	<p>Individuelle Hilfe und Unterstützung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Mittagessen 1 € • Schulmittelfreiheit • Schülerfahrtkosten • Hilfe zur Erziehung • FamilienpatInnen 	<p>Individuelle Hilfe und Unterstützung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Hilfen zur Erziehung • Schulmittelfreiheit • Schülerfahrtkosten • FamilienpatInnen 	<p>Individuelle Hilfe und Unterstützung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Begleitung und Unterstützung zur ARGE • Stärken im Quartier • FamilienpatInnen

»Im Sinne einer gerechten Auslese lautet die Prüfungsfrage für Sie alle gleich: Klettern Sie auf den Baum!«



Vernetzung





Kindergrundsicherung – Kinder brauchen mehr!¹

„Wir schaffen eine Kindergrundsicherung, die alle Kinder vor Armut und Ausgrenzung schützt. Sie sichert ihnen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und gute Entwicklungsmöglichkeiten. (...) Für alle in Deutschland lebenden Kinder und Jugendlichen fordert DIE LINKE gemeinsam mit Wohlfahrtsverbänden und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern eine eigenständige, individuelle Grundsicherung in Höhe von zu versteuernden 573 Euro.“

Diese Passage findet sich im Wahlprogramm der Partei DIE LINKE. zur Bundestagswahl 2017². Das Modell der „Kindergrundsicherung“ geht konsequent davon aus, dass Kinder und Jugendliche eigenständige Individuen sind.

Aktuell fordert das Bündnis für Kindergrundsicherung eine solche in Höhe von 628,00 Euro.

Eine Forderung, die ebenfalls von Bündnis 90/ Die Grünen und zwischenzeitlich auch von der SPD vertreten wird.

»Die meisten Kinder wollen Freunde, die schöne Klamotten haben. Arme Kinder haben kaum Freunde. Kinder die kein Geld haben können nicht mit Freunden shoppen und ins Kino gehen oder haben kein Geld für die Klassenfahrt.«

Antwort aus einer 4. Klasse auf die Frage »Was ist Kinderarmut?«

Warum unterstützen wir die Forderung auf Einführung einer Kindergrundsicherung? Weil wir ganz klar der Auffassung sind, dass Kinder keine kleinen Arbeitslosen, sondern eigenständige Individuen mit eigenen Rechten sind. Dabei erinnern wir an die UN-Kinderrechtskonvention³:

Artikel 3: Wohl des Kindes

(1) Bei allen Maßnahmen, die Kinder betreffen, gleich viel ob sie von öffentlichen oder privaten Einrichtungen der sozialen Fürsorge, Ge-

richten, Verwaltungsbehörden oder Gesetzgebungsorganen getroffen werden, ist das Wohl des Kindes ein Gesichtspunkt, der vorrangig zu berücksichtigen ist.

(2) Die Vertragsstaaten verpflichten sich, dem Kind unter Berücksichtigung der Rechte und Pflichten seiner Eltern, seines Vormunds oder anderer für das Kind gesetzlich verantwortlicher Personen den Schutz und die Fürsorge zu gewährleisten, die zu seinem Wohlergehen notwendig sind; zu diesem Zweck treffen sie alle geeigneten Gesetzgebungs- und Verwaltungsmaßnahmen.

(3) Die Vertragsstaaten stellen sicher, dass die für die Fürsorge für das Kind oder dessen Schutz verantwortlichen Institutionen, Dienste und Einrichtungen den von den zuständigen Behörden festgelegten Normen entsprechen, insbesondere im Bereich der Sicherheit und

der Gesundheit sowie hinsichtlich der Zahl und der fachlichen Eignung des Personals und des Bestehens einer ausreichenden Aufsicht.

Dieses Vertragswerk muss Grundlage allen politischen Handelns – gleich welcher politischer Ebene sein.

Die oben genannte Kindergrundsicherung in Höhe von 628,00 Euro setzt sich aus dem verfassungsrechtlich notwendigen Betrag für das sächliche Existenzminimum in Höhe von 408,00 Euro und dem Betrag für Betreuung, Erziehung oder Ausbildung in Höhe von 220,00 Euro zusammen. Selbstverständlich bedarf es einer jährlichen Anpassung/ Steigerung entsprechend des sich ändernden Existenzminimums.

¹www.kinderarmut-hat-folgen.de

²https://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2017/wahlprogramm2017/die_linke_wahlprogramm_2017.pdf

³<https://www.unicef.de/blob/9364/a1bbcd70474053cc61d1c64d4f82d604/d0006-kinderkonvention-pdf-data.pdf>

Die Gesamtsumme erhalten aber nur jene Familien, die über kein oder ein geringes Einkommen verfügen. Im Weiteren sinkt die Leistung gemäß Einkommenssteuertarif bis zu einem Mindestbeitrag von 300,00 Euro ab. Der Leistungsanspruch besteht bis zum 18. Lebensjahr und wird danach bis zum 25. Lebensjahr in Abhängigkeit von Ausbildung gewährt. Bafög und ähnliche Leistungen bleiben daneben bestehen.

Daher ist klar: Kindergrundsicherung soll allen Kindern und Jugendlichen zu Gute kommen. Das Finanzierungsmodell für die Kindergrundsicherung setzt sich wie folgt zusammen:

Wegfall bisheriger Familienleistungen

49 Milliarden Euro

+ Rückfluss durch Steuereinnahmen

26,5 Milliarden Euro

+ Wegfall des Ehegattensplittings

11,5 Milliarden Euro

= 87 Milliarden Euro

Weitere Vorschläge des Bündnisses „Kindergrundsicherung“ sind die Wiedereinführung einer (moderaten) Vermögenssteuer, Anhebung der Erbschaftssteuer, Einführung einer Börsenumsatzsteuer und „Kinder-Soli“ auf große Vermögen.

Abschließend stellt das Bündnis für Kindergrundsicherung fest:

„Uns ist bewusst, dass der quantitative und der qualitative Ausbau der Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur für Kinder und Jugendliche eine weitere dringende Voraussetzung für mehr Chancengerechtigkeit ist.

Geld- und Infrastrukturleistungen dürfen keinesfalls gegeneinander ausgespielt werden. Kinder und de-

ren Familien benötigen beides und für beides ist gleichermaßen Geld nötig.“

Diesem politischen Ansatz können wir uns als „Netzwerk gegen Kinderarmut“ nur anschließen und auch in kommunalen Gebietskörperschaften können Resolutionen an den Bundestag und die Bundesregierung beschlossen werden, die sich für die Einführung einer Kindergrundsicherung aussprechen.



Demo »Es reicht für uns alle!«, Berlin 2018

»Armut hat ein Gesicht: Auge. Nase. Mund.«

(KiGGS – Studie zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland¹)

Im Zuge des Kinderarmutskongresses „Armut hat ein Gesicht: Auge – Nase – Mund“ des „Netzwerk gegen Kinderarmut“ am 2. Juni 2018 in Leipzig stellte Dr. Thomas Lampert vom Robert Koch Institut (RKI) die Ergebnisse der Studie zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland (KiGGS) vor. Es handelt es sich hier um eine Langzeitstudie im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit, die einen tiefen Einblick in Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen und die Auswirkungen politischen Handelns oder auch Nichthandelns gibt. (Zum tieferen Einblick und Verständnis empfehlen wir die Gesamtstudie, die auch ein differenziertes Bild über Gesamtdeutschland gibt.) Die Studie hat leider das Manko, dass keine Daten über die spezifische Situation von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen erfasst wurden. Grundsätzlich haben die Ergebnisse der Studie es aber in sich:

Differenziert nach Geschlecht und sozialem Status der Eltern, gemessen über das verfügbare Haus-

aus Haushalten mit hohem Einkommen einen Unterschied an erlebten Jahren in Gesundheit von 14,3 Jahren gibt. Bei den Mädchen sind es noch 10,2 Jahre. **Der Umstand, wieviel Geld der Haushalt zur Verfügung hat, in dem ein Kind lebt, bestimmt wie viele Jahre eines Lebens es in Gesundheit leben kann.** Statistisch und im Durchschnitt betrachtet. Wie kann es dazu kommen?

Klar ist zunächst einmal, dass Geld und sozialer Status allein nicht gesund machen. Sie vermitteln einerseits bestimmte Verhaltensweisen und eröffnen andererseits gewisse Möglichkeiten oder verschließen sie. Um das nachzuvollziehen ist hier grundsätzlich zwischen den Umgebungsumständen in denen Kinder leben und dem aktiven individuellen Handeln der Kinder zu unterscheiden. Beides ist sozial vermittelt und vermittelbar und damit auch beeinflussbar.

Kinder aus niedrigeren sozialen Schichten wachsen in der Regel in ungünstigeren Wohnverhältnissen auf, schlicht weil die Mietpreise geringer ausfallen müssen. Ungünstig meint hierbei kleinere, beengte Wohnverhältnisse und Wohnungen, die eher an vielbefahrenen Straßen zu finden sind. Hieraus folgen unter anderem höhere Belastungen mit Lärm und Feinstaub in den entsprechenden Quartieren. Die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Quartier kann sich zudem stigmatisierend auswirken.

Ebenfalls vermittelt durch das Elternhaus kann es in diesen Familien dazu kommen, dass die Unsicherheiten oder Anspannungen der (beruflichen) Situation der Eltern sich auf die mentale Situation der Kinder auswirkt. All diese Umgebungsumstände finden diese Kinder als gegeben vor. Ein Ausbruch hieraus ist für sie kaum möglich.

»Arme Kinder werden gemobbt, weil sie arm sind. Die Kinder werden traurig, hungrig und durstig sein.«

Antwort aus einer 4. Klasse auf die Frage »Was ist Kinderarmut?«

haltsnettoeinkommen, die berufliche Stellung der Eltern und deren Bildungshintergrund, haben aktuell geborene Jungen aus armen Haushalten eine Lebenserwartung in guter und gesunder Verfassung von 56,8 Jahren und Mädchen von 60,8 Jahren. Jungen aus Haushalten ohne finanzielle Not können sich auf 71,1 Jahre in Gesundheit freuen. (Mädchen: 71 Jahre)² Die geschlechtsspezifischen Unterschiede sind in der zweiten Gruppe zu vernachlässigen.

Das bedeutet, dass es zwischen den Jungen aus Elternhäusern mit niedrigem Einkommen und denen

¹www.kiggs-studie.de/deutsch/home.html

²www.kiggs-studie.de/deutsch/home.html

Hiervon zu unterscheiden sind individuelle Verhaltensweisen, die innerhalb dieser Umgebungsumstände stattfinden. Diese werden ebenfalls sozial vermittelt. Es gibt kein von Menschen hervorgebrachtes soziales Verhalten, welches nicht durch Momente sozialer Ungleichheit beeinflusst wird oder vorhersagbar ist. Hierunter fallen Dinge wie Essverhalten, sportliche Aktivitäten, Rauchen, Bereitschaft zur körperlichen „Auseinandersetzung“ (verbale und physische Gewalt) oder gesundheitsriskantes Verhalten, wie übermäßiger Alkoholkonsum, ungesunde Ernährung etc. Immer gibt es sozialvermittelte Einflussgrößen, welche Art und Umfang, aber auch die Bewertung dessen durch das Umfeld, beeinflussen.

Das Robert-Koch-Institut untersuchte bei Kindern und Jugendlichen zudem die Anfälligkeit für bestimmte Krankheiten. Hier lassen sich ganz klare, schichtspezifische Unterschiede feststellen.

1. Beispiel „Alkoholkonsum“

In allen gesellschaftlichen Schichten kommt - punktuell auch übermäßiger - Alkoholkonsum vor. Der Unterschied besteht darin, ob dieser über den Konsum eines 16 Jahre alten „Single Malt Whisky“ erfolgt oder über einen Bierkonsum. Eine Dose Bier enthält neben dem Alkohol Kohlenhydrate. Der Konsum von Whisky ist im Vergleich zum Dosenbier zudem sozial höher angesehen. Dies soll allerdings ausdrücklich keine Werbung für Alkohol gleich welcher Art sein! Nimmt man nun die Umgebungsumstände und die Individuellen Verhaltensweisen

zusammen so kann es zu sehr nachteiligen Kombinationen kommen. Die Bewusstseinsbildung zu



v.l.n.r.: Dietmar Bartsch, Simone Oldenburg, Jacqueline Bernhardt

den Facetten der Droge Alkohol findet schlicht unter deutlich schlechteren Bedingungen statt. Ein Aspekt, der auch in den weiteren Punkten einen wichtigen Faktor stellt.

2. Beispiel „Rauchen“

Schaut man sich die untersuchten Jugendlichen im Alter von 11 bis 17 Jahren an, so gaben 14,8 % der Jungen und 13,9% der Mädchen aus Familien mit niedrigem Sozialstatus an regelmäßig zu rauchen, aber nur 10,3 % der Jungen und 7,5% der Mädchen mit hohem sozialen Status. Die Ausstattung eines Haushaltes mit oder das Fehlen von Bildungsabschlüssen und finanziellen Mittel haben also Einfluss darauf, ob ein junger Mensch zur Zigarette greift oder nicht und sich den damit verbundenen Risiken aussetzt oder nicht.

Noch stärker ist dieser Einfluss, wird die regelmäßige Passivrauchbelastung dieser Altersgruppe nach Geschlecht betrachtet. Hier geben 26,1% der

Jungen mit niedrigem Sozialstatus an, regelmäßiger Passivrauchbelastung ausgesetzt zu sein, aber nur 7,4% der Jungen mit hohem sozialem Status. Bei Mädchen sind die Relationen ähnlich. 26,8% aus niedrigem Sozialstatus gegenüber 9,1% aus dem hohem Status. Es herrscht ein Verhältnis von 3:1 zu Lasten der Menschen aus dem niedrigen sozialen Status. Gründe hierfür könnten in der finanziell angespannten Situation, der individuellen Einschätzung der eigenen Lage am Arbeitsmarkt, der Bewertung der eigenen Zukunft und der Tatsache begründet liegen, dass Nikotin innerhalb weniger Augenblicke nach dem Einatmen das Gehirn erreicht. Das geht mit einem unmittelbaren Wohlgefühl bzw. dem Gefühl von Beruhigung einher.

3. Beispiel „Fettleibigkeit“ (Folgen des Mangels an gesunder Ernährung)

Innerhalb der Gruppe der 14-17-jährigen Jungen lag bei 11% der Kinder und Jugendlichen mit einem niedrigen sozialen Status starkes oder krankhaftes Übergewicht (Adipositas) vor. Nur bei 5 % der Kinder aus dem sogenannten hohen sozialen Status. (Verhältnis 2:1) Noch deutlicher fällt der Unterschied bei gleichaltrigen Mädchen aus. Hier wiesen 15% der Mädchen aus der unteren Gruppe der Gesellschaft Fettleibigkeit auf, aber nur 4 % der Mädchen aus dem „Penthouse“ der Gesellschaft. Zu den Folgeerkrankungen einer Adipositas gehören Typ-2-Diabetes mellitus, Bluthochdruck und Herz-Kreislauf-Leiden, Fettleber und Fettgewebestörungen. Die Ursachen hierfür können in Bewegungsmangel, auch auf Grund von mangelnden finanziellen Mitteln für Mobilität und beispielsweise Mitgliedsbeiträgen liegen, oder auch in der Tatsache, dass hochkalorische Lebensmittel stellenweise billiger angeboten werden als Alternativen (Stichwort: gesunde Ernährung). Ebenfalls sollte nicht unterschätzt werden, dass ein Sättigungsgefühl auch über angespannte Situationen kurzfristig vermeintlich hinweg helfen kann.

Es ist also belegbar, dass bestimmte Verhaltensweisen in bestimmten sozialen Lagen häufiger vorkommen als in anderen. Diese Verhaltensweisen finden aber immer in durch das soziale Umfeld ge-

stalteten Räumen statt. Es ist keinesfalls so, dass es immer nur und ausschließlich das individuelle Verhalten ist, was zu Erkrankungen führen kann, sondern ist mindestens ebenso stark das soziale Umfeld, welches vorlebt und Möglichkeiten eröffnet oder eben auch nicht.

Die hier beschriebenen Sachverhalte sind nicht erst seit gestern so, sondern sie sind relativ stabil und beständig, weil eben die gesellschaftlichen Verhältnisse in denen sie stattfinden auch relativ stabil sind. Der Einfluss des sozialen Status der Eltern auf den Gesundheitszustand der Kinder in dem Haushalt ist konstant und wirkt sehr stark.

Nun kann argumentiert werden, dass es das Individuelle Verhalten (z.B. Rauchen) der Menschen ist, welches zu Krankheiten und Tod führen kann und dass dies doch dann selbst verschuldet ist. Diese Argumentation unterschlägt aber vollkommen, den Einfluss des Umfeldes in welches das Kind hineingeboren wird. Das Neugeborene kann sich das Elternhaus nicht aussuchen. Es ist zunächst der Situation ausgeliefert. In der Rechtsprechung wird auch vom sogenannten „Lebensrisiko“ gesprochen, in das ein Kind hineingeboren wird. Politisch steht jedoch die Frage, kann es gewollt sein, hier positiv lenkend einzugreifen? **Das „Netzwerk gegen Kinderarmut“ bejaht diese Frage ausdrücklich.**



» Jeder 5. arme Mensch in Deutschland ist ein Kind. Unfassbar! Dies ist kein Naturgesetz, sondern wesentlich von herrschender Politik zu verantworten. Wir brauchen endlich entschlossenes Handeln dagegen und einen Sozialstaatsdialog, **jetzt!**

*Dietmar Bartsch,
Initiator des
Netzwerks gegen Kinderarmut*



NETZWERK
GEGEN
KINDERARMUT

Das Netzwerk gegen Kinderarmut
wünscht allen Kindern eine
frohe Weihnacht

und bedankt sich bei allen,
die ihren Kindern vor allem
Liebe und Zeit
schenken.



NETZWERK
GEGEN
KINDERARMUT



»Kinderarmut und Reichtum in Deutschland«

(Eine Studie von Prof. Dr. Michael Klundt, Hochschule Magdeburg-Stendal)

Die durch die Fraktionsvorsitzendenkonferenz der Linksfraktion und die Rosa-Luxemburg-Stiftung herausgegebene Studie von Michael Klundt: „Kinderarmut und Reichtum in Deutschland“ belegt, dass auch und gerade das Reden über Arme (Kinder und Familien) sowie über Reichtum in Politik, Wissenschaft und Medien einen zentralen Faktor für die Umgangsweisen unserer Gesellschaft mit sozialer Spaltung beeinflusst. Damit wirkt es sich letztlich selbst auf Ungleichheitsentwicklungen aus, da bestimmte Maßnahmen favorisiert und andere tabuisiert werden.

Die Studie liefert aber auch eine fundierte Übersicht über die vorliegenden Fakten. Diese sollen hier übersichtsartig dargestellt werden.

Die vollständige Studie findet sich auf der Homepage des Netzwerkes gegen Kinderarmut. (https://netzwerk-gegen-kinderarmut.de/wp-content/uploads/2017/05/Kinderarmut_studie_Prof._Dr._M._Klundt.pdf)

»Wenn die Familie arm ist, sind alle traurig.«

Antwort aus einer 4. Klasse auf die Frage »Was ist Kinderarmut?«

1. Stand und Entwicklung der Armuts- und Reichtumsquoten in Deutschland

Laut verfügbarer Zahlen lag das Medianeinkommen in Deutschland im Jahr 2014 bei 19.733 Euro und der Schwellenwert für die Armutsgefährdung – also 60% dieses Werts – bei 11.840 Euro für eine Person (vgl. Datenreport 2016, S. 171). Bei einer Unterschreitung dieses verfügbaren Betrages liegt, nach wissenschaftlicher Konvention, Armut vor.

„Umgerechnet auf das monatliche Einkommen bedeutet dies, dass in Deutschland im Jahr 2014 eine Person als armutsgefährdet galt, wenn ihr Nettoäquivalenzeinkommen, also das die Anzahl der

Haushaltsmitglieder und deren Entwicklung berücksichtigende Einkommen, weniger als 987 Euro im Monat betrug.“ (Ebd.) Der Anteil der Betroffenen, also die Armutsgefährdungsquote, ist von 15,2 % im Jahr 2008 auf 16,7 % im Jahr 2014 gestiegen (vgl. ebd.). In absoluten Zahlen sind das 12,5 bzw. 13,3 Millionen Menschen, Tendenz also steigend.

2. Kinder von Alleinerziehenden

Im Jahr 2008 lag der Anteil armutsgefährdeter Personen in Haushalten von Alleinerziehenden bei 37,5% (2007: 35,9%) und damit fast dreimal so hoch wie bei Personen in Haushalten mit Kindern insgesamt (2008: 13,0%; 2007: 13,1%)“ (Statistisches Bundesamt 2011, S. 22). Selbst der Familienreport 2011 des Bundesfamilienministeriums kommt zu ähnlichen Ergebnissen: „Gegenwärtig verfügen ca. 2,5 Millionen Kinder und Jugendliche in 1,5 Millionen Haushalten in Deutschland über ein Einkommen, das unterhalb von 60 Prozent des gewichteten Medianeinkommens liegt. Die Armutsrisikoquote der unter 18-Jährigen liegt damit bei 19,4 Prozent“ (BMFSFJ 2012, S. 98). Fast jedes fünfte Kind also. Kinder von Alleinerziehenden sind wesentlich häufiger von Armut betroffen als Kinder, die in Haushalten mit mehr Erwachsenen leben.

3. Folgen für Kinder und Jugendliche

In ihrer Bertelsmann-Studie über Armutsfolgen für Kinder und Jugendliche kommen Claudia Laubstein, Gerda Holz und Nadine Seddig zu dem Ergebnis, dass die Lebensqualität und die Zukunftschancen von Kindern durch das Aufwachsen in Armut massiv beeinflusst werden. Überproportional oft wohnen sie unter beengten Verhältnissen und somit meist ohne einen ruhigen Platz für die Erledigung von Hausaufgaben (Laubstein/Holz/Seddig 2016, S. 13ff.). Obgleich nicht an erster Stelle der Einschränkungen durch elterliches Sparen, seien doch immerhin ein Viertel der armen jungen Menschen von Einschränkungen beim Essen betroffen (ebd., S. 46), also davon, teilweise oder sogar häufig nicht ausreichend bzw. zu wenig gesunde Ernährung zu erhalten. Während der permanente Mangel das

Familienklima verschlechtere, seien auch die sozialen Netzwerke kleiner, da die Kinder überdies weniger Freizeitangebote – seien es Musikschulen oder Fußballvereine – wahrnehmen. Nicht zuletzt aufgrund fehlender sozialer Wertschätzung, entwickelten viele arme Kinder daher ein geringeres Selbstwertgefühl und starteten mit ungünstigeren Voraussetzungen in die Schule, wo sie selbst bei gleichen Leistungen oft schlechter bewertet würden als Kinder aus wohlhabenden Schichten (vgl. ebd., S. 56 sowie Mängel 2017, S. 11).

Die Schere zwischen arm und reich ist somit auseinandergegangen:

Während laut Angaben der Bundesregierung die Armutsgefährdungsquote in der Gesamtbevölkerung von 2005 bis 2012 von 14,7 % auf 15,2 % gestiegen ist, wuchs auch die Zahl der Millionäre um über 150.000 auf 892.000 an. Allein letztere Gruppe konnte einen Vermögenszuwachs um 406 Milliarden Euro für sich behaupten und besitzt nun 2,4 Billionen, d.h. 2.400 Milliarden Euro. Das ist mehr als die Gesamtverschuldung von Bund, Ländern und Gemeinden von 2,1 Bio. Euro zusammen (Neue Ruhr Zeitung v. 19.9.2013). Die öffentliche Armut, und damit fehlendes Geld für Investitionen in Bildung etc., geht also mit immensem privatem Reichtum einher.

Hier gilt es gesellschaftlich und politisch an zu setzen. Wenn auf der einen Seite 13,3 Mio. Menschen in Deutschland in Armut leben müssen, mit allen Auswirkungen für Lebenserwartung und Zukunftschancen von Menschen, wenn die Öffentliche Infra-

struktur – nicht nur in den Kommunen – in keinem guten Zustand ist und auf der anderen Seite die Reichen immer mehr und reicher werden, dann ist es an der Zeit zu handeln. Es scheint genügend Geld vorhanden zu sein, nur eben nicht dort wo es gebraucht wird um Kindern ein sorgenfreies Aufwachsen zu ermöglichen. Es erübrigt sich an dieser Stelle, dass es genügend und differenzierte Vorstellungen und Vorschläge der LINKEN gibt, wie der gesellschaftliche Reichtum gerechter und zum Wohle aller verteilt werden kann.



Heinz Hilgers auf dem Armutskongress in Leipzig

Wir haben die besseren gesellschaftlichen Ideen – aber wie erklären wir das verständlich?

(Werkzeugkasten der Öffentlichkeitsarbeit)

Wir sind uns im Klaren darüber, dass vielerorts bereits vielfältige Maßnahmen, Aktivitäten und Initiativen bestehen, die sich der Bekämpfung von Kinderarmut widmen. Es gibt aber Nichts, was Mann und Frau nicht noch verbessern, konkretisieren und zusammenführen kann.

Dem soll diese Ideensammlung dienen, die nicht statisch ist und deshalb einem kontinuierlichen Prozess der Entwicklung und Fortschreibung unterliegt und sehr gern vor Ort kreativ erweitert werden.

Neben den nun folgenden Maßnahmenvorschlägen ist es immer auch eine gute Idee ein lokales Netz-

gesellschaftlichen Druck auf politische Entscheidungsträger*innen.

Analyse / Bestandsaufnahme:

1. Wie ist die Situation von Kindern und Jugendlichen vor Ort?

Hier sollte vor allem nach der finanziellen, ökonomischen Situation von Kindern, Jugendlichen, Alleinerziehenden und Mehrkinderfamilien gefragt werden. Allein die Statistik von Arbeitsamt und Job-Center reichen da nicht aus, weil u.a. auch viele Menschen mit Arbeitsplatz oder mehreren Arbeitsstellen, vor allem in Niedriglohnbereich für das gesetzliche soziale Netz zu viel, aber für eine gleichberechtigte Teilhabe zu wenig verdienen. Zusätzlich kann hier auch mal nachgefragt werden, welche Wirkungen tatsächlich durch das Bildungs- und Teilhabegesetz existieren und in welchem Umfang von Anspruchsberechtigten auch tatsächlich in Anspruch genommen werden.

2. Welche Hilfs- und Unterstützungsstruktur existiert vor Ort?

Hier sollte die breite Angebotspalette der Wohlfahrtsverbände, Kinder- und Jugendstruktur hinterfragt

werden. Ganz besonders auch nach der Wirksamkeit der Angebote: Kommen die Angebote tatsächlich so an, dass sie gleichberechtigte Teilhabe ermöglichen? Darüber hinaus gilt es zu hinterfragen, mit welchem Erfolg bisherige Bundes- und Landesmodellprojekte und -vorhaben u. ä. die Situation von Kindern und Jugendlichen tatsächlich in



v.l.n.r.: Heinz Hilgers, Eva von Angern, Dietmar Bartsch, Empfang zum 65. Geburtstag des DKSB

werk gegen Kinderarmut zu gründen. Die Erarbeitung tatsächlicher und konkreter Maßnahmen zur Vermeidung und Beseitigung von Kinderarmut, ist gemeinsam mit einem breit aufgestellten Netzwerk zielführend. Diese Netzwerke transportieren zum einen die Botschaft: wir wollen und können etwas gegen Kinderarmut tun. Andererseits erhöht es den

welche Richtung verändert habe? Welche zeigten Wirkungen und welche sind verzichtbar? Ein sogenannter „Armut-Check“ aller Maßnahmen ist dabei sinnvoll.

3. Welche konkreten Maßnahmen, Beschlüsse, Aktionen gegen Kinderarmut gibt es bereits vor Ort?

Es gab in den zurückliegenden Jahren zahlreiche Initiativen unter dem Titel „Kinderfreundliche Kommune“. Hierbei ging es um die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an kommunalen

Entscheidungen, Kinder- und Jugendparlamente u.ä. Wie gestaltet sich bei diesen Maßnahmen die Nachhaltigkeit? Was sollte fortgeführt, konkretisiert oder verändert werden? Was kann vernachlässigt, abgeschafft werden?

4. Wie konkret ist die Situation von Eltern vor Ort?

Kinderarmut bedeutet auch immer Elternarmut. Wir müssen daher in Erfahrung bringen, wie die Einkommenssituation der Eltern vor Ort ist, worin die Ursachen für die unterschiedlichen Einkommen liegen und wie die sich wiederum auf die Teilhabemöglichkeiten auswirken. Dabei ist von wesentlicher Bedeutung, welche Integrationsangebote in den Arbeitsmarkt für Frauen und Männer bestehen. Die geschlechtsspezifische Analyse ist von wesentlicher Bedeutung, da bundesweit insbesondere alleinerziehende Frauen im besonders hohen Maße von Armut betroffen sind.

Daraus können dann konkrete politische Schritte abgeleitet werden, um zum einen auf die Situation aufmerksam zu machen bzw. Veränderungen zu provozieren. Diese Initiativen können sich auf die kommunale Ebene aber auch im Rahmen eines Aufrufs an die Landesebene richten.

5. Welche Indikatoren müssen zum Thema noch und wie untersucht werden?

Hierunter fallen zum Beispiel die Auswirkungen von Armut auf die Familien: gesundheitlichen Auswirkungen, Wohnsituation, Teilhabe an Kultur, Sport und Bildung Welche Einschränkungen ergeben sich für Kinder und Jugendliche? Wie ist die Situation behinderter Kinder und Jugendliche vor Ort, welche

»Wenn ein Kind arm ist, dann ist es traurig, weil es dann auch keine Freunde hat.«

Antwort aus einer 4. Klasse auf die Frage »Was ist Kinderarmut?«

Teilhabemöglichkeiten bietet die vorhandene Struktur?

Da in der Regel die Kommunalverwaltungen Zugang zu Daten und statistischem Zahlenmaterial haben, macht es Sinn dieses Wissensreservoir anzuzapfen und zu nutzen.

Hier noch ein Beispiel für mögliche Anfragen auf kommunaler Ebene:

1. Wie viele Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in den Altersgruppen 0 - U18 und 18 - U27 Jahre lebten in den Jahren 2010 bis 2019 in (Kommune einfügen) und wie viele von ihnen sind von Armut betroffen oder bedroht? (Bitte gesondert aufführen, ob mit oder ohne Migrationshintergrund)

2. Wie viele Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in den Altersgruppen 0 - U18 und 18 - U27 Jahre lebten in den Jahren 2010 bis 2019 in (Kommune einfügen) in Haushalten, die Sozialleistungen (Grundsicherung nach dem SGB II, Wohngeld, Grundsicherung im Alter sowie bei Erwerbsminderung) bezogen haben? (Bitte jährlich nach Familien mit zwei Erziehungsberechtigten in einem Haushalt sowie Alleinerziehenden und Anzahl der Kinder pro

Familien unterscheiden sowie nach Sozialleistung getrennt auflisten.)

3. Wie viele Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in den Altersgruppen 0 - U18 und 18 - U27 Jahre lebten in den Jahren 2010 bis 2019 in (Kommune einfügen) lebten in den Jahren 2010 bis 2019 in Bedarfsgemeinschaften, in denen Arbeitslosengeld II zur Aufstockung des Einkommens aus einer Erwerbstätigkeit zur Sicherung des Existenzminimums bezogen wurde? (Bitte jährlich nach Familien mit zwei Erziehungsberechtigten in einem Haushalt sowie Alleinerziehenden und Anzahl der Kinder pro Familien unterscheiden.)

4. Wie viele Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in den Altersgruppen 0 - U18 und 18 - U27 Jahre lebten in den Jahren 2010 bis 2019 in (Kommune einfügen) lebten in den Jahren 2010 bis 2019 in Familien, die an und unter der Mindesteinkommensgrenze lebten und keine sozialen Transferleistungen bezogen? (Bitte jährlich nach Familien mit zwei Erziehungsberechtigten in einem Haushalt sowie Alleinerziehenden und Anzahl der Kinder pro Familien unterscheiden.)

5. Wie viele Familien haben in den Jahren 2010 bis 2019 einen bzw. mehrere Anträge auf Kinderzuschlag bei der Familienkasse der Bundesagentur für Arbeit gestellt?

6. Wie viele Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in den Altersgruppen 0 - U18 und 18 - U27 Jahre lebten in den Jahren 2010 bis 2019 in (Kommune einfügen) lebten in den Jahren 2010 bis 2019 in Familien mit Bezug von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz? (Bitte jährlich nach Familien mit zwei Erziehungsberechtigten in einem Haushalt sowie Alleinerziehenden und Anzahl der Kinder pro Familien unterscheiden.)

7. Welche besonderen Maßnahmen hat die Verwaltung in (Kommune einfügen) eingeleitet/will die Verwaltung in (Kommune einfügen) und bis wann einleiten, um die Armut von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in (Kommune einfügen)

gezielt zu bekämpfen.

8. Gibt es in (Kommune einfügen) konkrete Vorhaben, in denen (Kommune einfügen) bereits mit der Bundesregierung und/oder dem Land (Land einfügen) koordiniert und abgestimmt zusammenarbeitet, um der Kinderarmut wirkungsvoll zu begegnen? Falls ja, in welcher Art und Weise und falls nein, warum nicht?

Konkreter Maßnahmenkatalog

Neben der Tatsache, dass die Gesetzgeber, hier vor allem der Bund, sowohl mit der Höhe von Regelsätzen oder Kindergeld und dem Ändern des bisherigen Adressaten von Kindergeld, aber (und dies ist unsere Forderung) mit der Einführung einer eigenständigen, elternunabhängigen Kindergrundsicherung, Stellschrauben besitzt, müssen - um die akute Situation von Kindern und Jugendlichen vor Ort zu verändern - konkrete Aktionen und Maßnahmen gefunden werden, die Armut mildern und beseitigen und Teilhabe ermöglichen. Dies könnte dann in einem konkreten Aktionsplan münden, den das jeweilige Gremium beschließt.

Darunter können zum Beispiel folgende Sachverhalte angeschaut werden:

a) Einführung eines „Kinderarmutschecks“ - Welche Auswirkung hat welche kommunale Entscheidung auf Kinder

b) Entwicklung, Umorientierung Kinder- und Jugendhilfe vor Ort, Sicherung einer auskömmlichen Finanzierung der Angebote, Netzwerk gegen Kinderarmut als Bestandteil der Kinder- und Jugendhilfeplanung

c) Verpflegung von Kindern und Jugendlichen in den Bildungseinrichtungen gesund und kostenfrei anbieten (Kindertagesstätte, Hort, Schule) und eine kostenfreie Wasserversorgung mittels Trinkbrunnen in Kitas und Schulen zur Verfügung stellen. (Hier können Wasserverbände um Unterstützung gebeten werden.

d) Teilhabemöglichkeiten an schulischer und außer-

schulischer Bildung verbessern

e) Teilhabemöglichkeiten an Kultur und Sport entsprechend der Interessen und

Fähigkeiten und nicht des Geldbeutels der Eltern

f) AnsprechpartnerInnen für Familien bündeln

g) Schulabschlussicherung, Ausbildungsmöglichkeiten – Berufsorientierung

h) Schulkrankenschwestern, Schulsozialarbeit, Kitasozialarbeit

i) Kinderrechtekatalog, Kinderbeauftragte, Runde Tische gegen Kinderarmut, lokale Netzwerke, z.B. Netzwerk „Gesunde Kinder“



Kinderfachtag des Netzwerks gegen Kinderarmut in Magdeburg

j) Netzwerke bilden:

1. Was ist ein Netzwerk? Wie müssen wir vorgehen, um ein Netzwerk zu gründen?

Netzwerk:

Strukturierte Verbindung von Knoten (Akteuren) durch Bänder (Beziehungen) dabei können sich die verschiedensten Beziehungen überlagern, existierende Ressourcen sollten damit gebündelt werden. Beachtet dabei: es existiert ein Spannungsfeld zwischen persönlichen und gemeinschaftlichen Interessen, die konkurrierend gegenüberstehen können

Schritte:

- a) Feststellung der Initiativen und Prozessverantwortung (Kümmerer, Ressourcen)
- b) Zielerklärung (Gründungsdokument erarbeiten, Handlungsbedarfe festlegen, Handlungsebenen bestimmen)

»Arm bedeutet bei Kindern das man keine Sachen hat und kein Essen.«

Antwort aus einer 4. Klasse auf die Frage »Was ist Kinderarmut?«

c) Analyse Netzwerkpartner (wen gibt es, welche Interessen stehen dahinter, welche Ressourcen kann wer einbringen, mit welchen Widerständen ist zu rechnen, welche Konsequenzen, welche Folgen sind zu erwarten)

d) Ansprache der potentiellen Netzwerkpartner: Auftakt- und Arbeitsphase, Architektur des Netzwerkes besprechen, Klärung von Zielen, Leitprinzipien, Organisation und Struktur, Mitgliedschaft, Kommunikation, Finanzierung, Umgangskultur, Projektarbeit und Fragen der Wertschätzung und der Konfliktbearbeitung und notwendiger Verhandlungsstrategien

Beachte:

Unterschiedliche Vorerfahrungen der Partner, mangelnde (persönliche und zeitliche) Ressourcen, Kontinuität des Prozesses, Verhandlungsmandate und Handlungslogiken, Konzepte und Werte sind unterschiedlich, Statuskonflikte zwischen den Professionen und ökonomische Interessengegensätze

Wichtig sind ein Netzwerkmanagement und die Schaffung von Erfolgserlebnissen!

2. Fortschreibung/ Neuausrichtung

In regelmäßigen Abständen muss innerhalb des Netzwerkes die Arbeit hinterfragt werden, Problemlagen neu erfasst und Lösungsvorschläge aktualisiert werden. Daraus leiten sich neue Teilziele und unter Umständen auch neue Partner des Netzwerkes ab.

3. Partner im Prozess

Grundlage hier ist die genaue Analyse der lokalen Situation vor Ort. Sowohl innerhalb der Partei selbst, als auch in ihrem Umfeld existieren verschiedene Unterstützungsstrategien und Unterstützungsangebote, die auf Schnittstellen zum Netzwerkziel untersucht werden sollten. Danach gezielte und konkrete Ansprache zur erarbeiteten Zielstellung mit der Möglichkeit, im Diskurs diese zu konkretisieren, zu aktualisieren bzw. auch zu überarbeiten.

Potentielle Partner reichen hier von Wohlfahrtsverbänden, sozial tätigen Vereinen, Kirchen, Elterninitiativen, Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern, als auch bekannten Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Gesellschaft (die bisher nicht angesprochen wurden, aber ihre Persönlichkeit für dieses Ziel einsetzen werden), wie z.B. Kinderärzte. Hier verweisen wir auch auf das sogenannte „Dormagener Modell“, das an anderer Stelle dieser Broschüre vorgestellt wird.

Da wir in einer auch durch Medien geprägten Öffentlichkeit Politik in der Kommune gestalten wollen, brauchen wir auch bei den Botschaften und Zielen immer auch Aktionen/ Akzente, die für Medien interessant sind.

Beim „Netzwerken“ kommt es auf Ideen, Engagement, Geduld und ein gemeinsames Ziel an.

Wir wünschen euch viel Spaß dabei und stehen gern unterstützend zur Verfügung!

Eva von Angern, Jacqueline Bernhardt & Konstantin Bender

Internationaler Tag der Kinderrechte

» Kinderrechte im Grundgesetz wären eine Grundlage für den Anspruch auf Chancengleichheit, auf Mitbestimmung, auf Schutz von Kindern und Jugendlichen.«

*Dietmar Bartsch,
Initiator des Netzwerks gegen Kinderarmut*

**NETZWERK
GEGEN
KINDERARMUT**

GRUNDGESETZ
für die Bundesrepublik Deutschland

Wer wir sind

(Die Köpfe hinter der Broschüre)

Eva von Angern

ist stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Fraktion DIE LINKE. im Landtag von Sachsen-Anhalt und zuständig für Rechts- und Gleichstellungspolitik. Sie ist Juristin, als Anwältin in Magdeburg tätig und hat drei Kinder. Im Ehrenamt ist sie die Vorsitzende des Landesfrauenrates Sachsen-Anhalt e.V., Mitglied im Deutschen Kinderschutzbund LV Sachsen-Anhalt e.V. und Mitbegründerin des Netzwerkes gegen Kinderarmut Sachsen-Anhalt.



Jacqueline Bernhardt

hat Jura an der Universität Leipzig und Wien studiert. Seit 2011 ist sie Abgeordnete der Landtagsfraktion DIE LINKE Mecklenburg-Vorpommern und hier zuständig für das Thema Kinder, Jugend und Familie. 2014 war sie im Landesverband M-V mit für die Durchführung der Kampagne gegen Kinderarmut zuständig, welche im Dezember 2014 in einem Maßnahmenplan gegen Kinderarmut der Partei DIE LINKE M-V mündete. 2015 war sie Mitbegründerin des Netzwerkes gegen Kinderarmut in Mecklenburg-Vorpommern und ist Mitglied im Netzwerk gegen Kinderarmut auf Bundesebene.

Konstantin Bender

hat Soziologie an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz studiert und seine Abschlussarbeit zum "Zusammenhang von Behinderung und Armut" verfasst. Während seines Studiums war er in Gremien der Verfassten Studierendenschaft, des fzs, des BdWi sowie LINKS/ gewerkschaftlichen Zusammenhängen aktiv. Für DIE LINKE koordinierte er 2009 den Jugendwahlkampf, war Fraktionsgeschäftsführer der Landtagsfraktion im Landtag von Schleswig-Holstein. Seit 2012 ist er Koordinator der LINKEN. Fraktionsvorsitzenden Konferenz und aktiv im Netzwerk gegen Kinderarmut.



